ANTRAG

Gremium: *Landeskongress Vorarlberg*

Beschlussdatum: *18.04.2026*

Tagesordnungspunkt: *15 Anträge*

A2NEU: Service statt Stau – Bezirkshauptmannschaften neu denken

Antragstext

Das Land Vorarlberg steht vor einer ernsten Haushaltskrise: Im laufenden Budget muss eingespart werden, der Schuldenstand wächst, und selbst der geplante Abbau von 300 Personalstellen in den nächsten 10 Jahren reicht nicht aus, um nachhaltig gegenzusteuern. Symptome zu bekämpfen kann keine Antwort auf strukturelle Probleme sein!

Dabei schlummert erhebliches Einsparungspotenzial in der Verwaltungsstruktur selbst: Vorarlberg unterhält vier Bezirkshauptmannschaften. Personal, Infrastruktur, IT-Systeme und Verwaltungsausgaben könnten durch eine Zusammenlegung deutlich reduziert werden. Spezialisierung und Bündelung von Know-how erhöhen dabei nicht nur die Effizienz, sondern langfristig auch die Servicequalität für Bürgerinnen und Bürger.

Das häufigste Argument gegen eine Reform lautet, Bürgernähe gehe verloren. Wir nehmen diese Sorge ernst, halten sie jedoch für überwindbar: Konsequente Digitalisierung und optimierte Prozesse können Leistungen näher zu den Menschen bringen – unabhängig davon, wie viele Amtsgebäude betrieben werden. Eine Zusammenlegung ist daher kein Angriff auf den Bürgerservice, sondern eine Investition in dessen Zukunft.

Jeder Euro, der durch klügere Verwaltungsstrukturen gespart wird, steht für Schulen, Pflege und Infrastruktur zur Verfügung. Gerade in Zeiten knapper Mittel ist der Staat zur Effizienz verpflichtet – nicht zuletzt gegenüber der nächsten Generation.

Deshalb fordern wir JUNOS,

- dass die Landesregierung die organisatorische Zusammenlegung der vier Bezirkshauptmannschaften Bludenz, Bregenz, Dornbirn und Feldkirch zu zwei einheitlichen Landesverwaltungsbehörden auf die Wege bringt.

- dass im Zuge der Zusammenlegung eine konsequente Digitalisierung der Verwaltungsprozesse vorangetrieben wird, um Servicequalität zu steigern und gleichzeitig Kosten zu senken.

- dass eine unabhängige Analyse in Auftrag gegeben wird, die konkrete Einsparungspotenziale bei Personal, Infrastruktur und IT durch die Zusammenlegung quantifiziert und transparent macht.

- dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über die geplanten Änderungen informiert werden und die Umstellungen öffentlichkeitswirksam begleitet werden.